



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 04.07.2019, 17:05 Uhr, Rathaus Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Bauvorhaben Neubau Regele-Areal Kreissparkasse Ludwigsburg - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Einführend informiert Herr **Schröter** (Leiter Projektsteuerung und Gebäudestrategie bei der Kreissparkasse Ludwigsburg), dass die Kreissparkasse (KSK) Ludwigsburg das Baugesuch für den Neubau des Regele-Areals eingereicht habe. Dabei habe sie sich an die Vorgaben des durchgeführten Architektenwettbewerbs gehalten sowie an das Ziel, die öffentlichen Stellplätze in der Tiefgarage so komfortabel wie möglich zu gestalten. Die KSK habe auch die Chance genutzt, in Absprache mit dem Fachbereich Bürgerbüro Bauen einen komplett neuen Stellplatznachweis zu führen. Dadurch werden nach Abschluss der Maßnahme auch 340 neue Fahrradabstellplätze entstehen. Zusätzlich werde es Photovoltaik und Dachbegrünungen geben.

Anschließend stellt Herr **Lutz** (Geschäftsführender Gesellschafter KBK Architekten) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Projektplanung vor.

Herr **Geiger** (Fachbereich Bürgerbüro Bauen) sagt, dass das Baugesuch der KSK derzeit von der Stadtverwaltung noch geprüft werde. Er lobt dabei die KSK als kooperativen und lösungsorientierten Partner.

Stadtrat **Noz** ist überzeugt, dass dieses Projekt zu einer Aufwertung der Schillerstraße beitragen werde. Zudem sichere die Kreissparkasse damit Arbeitsplätze in Ludwigsburg und biete auch attraktiven Wohnraum und attraktive Gewerbeflächen in der Innenstadt. Stadtrat Noz dankt der Kreissparkasse dafür, dass sie die Erstellung eines Teils der öffentlichen Stellplätze übernimmt. Ihm ist es wichtig, dass die künftigen Besucher in diesen Stellplätzen bequem hinein- und hinausfahren können. Nach Ansicht der CDU-Fraktion sollte die Anfahrt der Tiefgarage über den Schillerplatz und den Arsenalplatz erfolgen, damit der Verkehr besser verteilt werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** bestätigt, dass es sich hier um einen gelungenen Baukörper handelt. Es werde zwar sehr verdichtet gebaut, doch dies sei notwendig, um die zur Verfügung stehende Fläche möglichst optimal nutzen zu können. Der Baukörper sehe im ersten Blick mächtig aus, doch durch die drei unterschiedlichen Fassadengestaltungen werde optisch für Auflockerung gesorgt. Wichtig sei auch die Frage, welches Gewerbe die KSK in den von ihr geschaffenen Gewerberäumen installieren wird. Die geplante Begrünung des Innenhofs lobt Stadträtin Dr. Knoß als wichtige Maßnahme zur Verbesserung des innenstädtischen Mikroklimas. Aus dem gleichen Grund sollten auch auf dem Arsenalplatz künftig mehr Grün und weniger Asphalt vorkommen. In Zusammenhang mit dem Neubau des Regele-Areals sollte nach Ansicht von Stadträtin Dr. Knoß auch die Schillerstraße saniert und neu gestaltet werden (Belag, Gehwegbreite und Straßenquerschnittgestaltung).

Mit Bezug auf das geplante Parkhaus fragt sie, ob die freien und belegten Parkplätze entsprechend durch grüne und rote Beleuchtung angezeigt werden könnten. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich das, weil dadurch auf einem Blick ersichtlich werde, ob und wo Parkplätze in der Tiefgarage frei sind. Zudem würde es Stadträtin Dr. Knoß gutheißen, wenn es in der Tiefgarage nicht nur breite Parkplätze, sondern auch schmale für kleinere Automobile geben würde. Das Parken auf letzteren könnte dann vielleicht etwas günstiger sein als auf den breiten Stellplätzen. Dass es auch ausreichend Fahrradabstellplätze geben soll, begrüßt sie ausdrücklich. Sie möchte außerdem wissen, wer der Betreiber des Parkhauses sein wird. Bezug auf die Ausfahrt aus der künftigen Tiefgarage nehmend sagt Stadträtin Dr. Knoß, dass der Schillerplatz und der Arsenalplatz eine wichtige ÖPNV-Achse in der Innenstadt werden müssen. Zudem müsse die Belastung für die Bewohner der Gartenstraße so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb sollte das Ziel sei, die oberirdische Parkierung in der Gartenstraße abzuschaffen. Denn dadurch ließe sich der Parksuchverkehr vermeiden.

Stadtrat **Juranek** lobt die Planung und insbesondere die gute Flächenausnutzung, die Körnigkeit des Gebäudes und die Fassadengestaltung. Auch er betont, dass die Stellplätze im Parkhaus bequem anfahrbar und breit sein sollten. Stadtrat Juranek ist sich sicher, dass die Wohnungen in bester Innenstadtlage sehr begehrt sein werden. Er freut sich, dass es nun vorangeht und sagt, dass die SPD-Fraktion zunächst das Wettbewerbs-ergebnis des Projektes ZIEL abwarten möchte, bevor sie Aussagen zur Ausfahrt aus dem Parkhaus macht.

Nach Ansicht von Stadtrat **Rothacker** mache es Sinn, durch den Fassadenrücksprung den Gehweg vor den Einzelhandelsläden breiter zu gestalten. Die Ausfahrt aus dem Parkhaus sollte nicht über die Schillerstraße erfolgen. Für die Stellplätze im Parkhaus könne man nicht unterschiedliche Preise je nach der Größe des Stellplatzes verlangen. Stadtrat Rothacker betont, dass man den Anwohnern der Gartenstraße und der Schulgasse keine 1.500 vorbeifahrenden Fahrzeuge pro Tag zumuten könne, welche dann in die bereits stark durch den Verkehr belastete Wilhelmstraße hineinfahren. Die Freie Wähler-Fraktion plädiere für eine Ausfahrt, die über den Schillerplatz führt und in Richtung Arsenalstraße geht. Zu warten bis das Wettbewerbsergebnis des Projektes ZIEL vorliegt, um eine Entscheidung darüber zu fällen, wie die Ausfahrt aus der Tiefgarage sei sollte, erachte die Freie-Wähler-Fraktion nicht als ratsam. Denn die KSK benötige baldmöglichst eine Entscheidung darüber. Deshalb sollte nach den Sommerferien über dieses Thema im Gremium beraten werden. Die Freie Wähler-Fraktion möchte zudem die oberirdischen Stellplätze auf dem Arsenalplatz beibehalten, weil diese bei dem aktuellen Mobilitätsverhalten der meisten Menschen für den Einzelhandel sehr wichtig seien.

Stadträtin **Burkhardt** glaubt, dass die westliche Innenstadt nicht wiederzuerkennen wäre, wenn die Planung wie vorgestellt realisiert würde. Ihrer Meinung nach passe diese massive Bebauung nicht an der schmalen Schillerstraße. Auch mit Bezug auf die Klima-Problematik in der Stadt sei diese Bebauung nicht passend. Denn die Versiegelung wäre zu stark und die Begrünung im Innenbereich begrenzt. Den Bau der Tiefgarage sieht Stadträtin Burkhardt dagegen positiv. Denn dadurch werde die Möglichkeit geschaffen, einen Teil der wegfallenden Parkplätze auf dem Arsenalplatz zu kompensieren. Stadträtin Burkhardt sieht es als notwendig an, die Anwohner der schmalen Straßen hinter der Schillerstraße nach ihrer Meinung zur Ein- und Ausfahrt der künftigen Tiefgarage zu befragen. Schließlich wären sie durch den zusätzlichen Autoverkehr belastet.

Stadtrat **Lettrari** äußert sich erfreut, dass es nun mit dem Neubau im Regele-Areal weitergehen soll. Seiner Meinung nach sollten die Stellplätze im neuen Parkhaus so gestaltet und dimensioniert werden, wie in der Rathaus-Tiefgarage.

Auch Stadtrat Lettrari hält es für unzumutbar, den Verkehr künftig über die Gartenstraße in Richtung Wilhelmstraße zu lenken.

Auf die gestellten Fragen eingehend sagt Herr **Lutz**, dass es in der Tiefgarage keine unterschiedlichen Preise und Abrechnungen für unterschiedliche Stellplatzbreiten geben könne. Die Anzeige der freien und belegten Plätze mittels einer grünen oder roten Beleuchtung werde umgesetzt. Zudem soll gleich bei der Einfahrt in die Tiefgarage die Anzahl der noch unbesetzten Stellplätze angezeigt werden.

Herr **Schröter** teilt mit, dass die KSK mit allen Mietinteressenten Vertraulichkeit vereinbart habe. Deshalb könne er keine Aussage zu den Firmen, die in den neugeschaffenen Gewerberäumen als Mieterinnen einziehen werden, machen.

BMin **Nießen** informiert, dass die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH das Parkhaus betreiben werden.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht über das Bauvorhaben „Neubau Regele-Areal“ zur Kenntnis.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und Bau der Erweiterung der Oststadtschule, Danziger Straße 30, auf Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 05.06.2019 mit **Projektkosten**

von rund 9,8 Millionen Euro (Kostengruppen 200-600+700, inklusive Unterrichts- und Betreuungsausstattung zuzüglich 19% MwSt., Sicherheitszulagen und Baupreissteigerung).
- 2.1 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen (LPH 4 und 5) für Gebäude und raumbildende Ausbauten auf Basis der Kostenberechnung an das Architekturbüro Lanz Schwager Architekten BDA aus Konstanz wird zugestimmt. Die Vergabe der weiteren Planungsleistungen erfolgt in der Zuständigkeit der Verwaltung.
- 2.2 Der Weiterbeauftragung der Planungsleistungen (LPH 4 - 9) auf Basis der Kostenberechnung für die am Projekt tätigen Ingenieurbüros wird zugestimmt.
 - Heizung, Lüftung und Sanitär (HLS): Ingenieurbüro IGP GmbH, Pforzheim
 - Elektrotechnik (ELT): Ingenieurbüro Werner Schwarz GmbH, Stuttgart
 - Tragwerksplanung: Ingenieurbüro Bornscheuer Drexler Eisele GmbH, Stuttgart
 - Freianlagenplanung: Planstatt Senner, Überlingen
 - Küchenplanung: Giel Planungsgesellschaft, Ludwigsburg
3. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2020 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt das Projekt und die Fördermöglichkeiten hierfür anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt sind.

Anschließend erläutert Frau **Wettstein** (Thost Projektmanagement), wie die Kostenprüfung bei diesem Projekt vorgenommen wurde und welche Handlungsoptionen das beauftragte Unternehmen THOST Projektmanagement GmbH der Verwaltung aufgezeigt hat.

Stadtrat **Braumann** merkt positiv an, dass die Erweiterung der Oststadtschule im Zeitplan liegt. Dass dieses Projekt jedoch trotz Änderungen und Reduzierungen teurer geworden ist, kann er nicht nachvollziehen. Er bittet die Verwaltung deshalb, Reduzierungen bei der Planung gleich zu Beginn mit Kosten zu hinterlegen, damit das Gremium selbst entscheiden kann, was ihm tatsächlich wichtig ist.

BMin **Nießen** versichert, dass die Verwaltung diese Bitte aufgreifen wird.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen zum vorliegenden Entwurf. Sie schlägt vor, künftig die Verwendung bestimmter Materialien und Energiestandards rechtzeitig und ausführlich zu erklären, damit Einwände und somit auch zeitliche Verzögerungen und Verteuerungen im Projekt vorgebeugt werden können.

BMin **Nießen** kündigt an, dass die Verwaltung im Herbst auf den Gemeinderat zukommen wird, um die Themen „Standards“ und „Kosten“ zu diskutieren. Schließlich soll Transparenz bei der Planung, Beauftragung und Durchführung von Bauprojekten geschaffen werden.

Laut Stadtrat **Juranek** haben die Stadträtinnen und Stadträte mehrfach gefordert, Standards mit Preisangaben zu belegen, damit bei den Gremiensitzungen besser entschieden werden könne. Er plädiert für ein zügiges Voranschreiten bei diesem Projekt und sagt, dass die SPD-Fraktion etwas irritiert vom zeitlichen Ablauf des Projekts gewesen war. Die Planungsvergabe war im März 2018, das Baugesuch jedoch erst im September 2019. Dazwischen lagen eineinhalb Jahre.

Stadtrat **Rothacker** äußert die Zustimmung der Freien-Wähler-Fraktion. Er erinnert daran, dass seine Fraktion beantragt hatte, das Controlling gleich zu Beginn eines Bauvorhabens anzuwenden. Zudem hatte die Fraktion beantragt, das Baucontrolling organisatorisch im Fachbereich Revision anzusiedeln.

BMin **Nießen** sagt, dass das Controlling nach der Vorstellung der Verwaltung im Fachbereich Finanzen angesiedelt werden sollte.

Nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** erfordern neue Baugebiete auch eine neue Infrastruktur. Hierzu gehören auch Schulen. Die Erweiterung der Oststadtschule sieht sie als notwendig an und hofft, dass sie nicht zu klein ausfallen wird. Bezug auf die Baukosten nehmend gibt Stadträtin Burkhardt zu bedenken, dass Kosteneinsparungen beim Bauen oft zu höheren Folgekosten führen.

Frau **Barnert** geht auf die Terminplanung ein und erklärt, dass man mit den Planungen sehr früh begonnen habe. Da der Fertigstellungstermin im September 2022 von vornherein festgestanden habe, konnte sich die Verwaltung bei diesem Projekt die Zeit nach ihren Kapazitäten einteilen.

Man wollte schließlich eine solide Entwurfsplanung liefern.

Nach Ansicht von Stadtrat **Link** sollten die mit diesem Projekt verbundenen Ausschreibungen schnell erfolgen.

Frau **Barnert** versichert, dass die Verwaltung die Ausschreibungen forcieren werde, wenn sie in der heutigen Sitzung das Signal bekommen sollte, dass sie auf der dargelegten Basis weitermachen kann.

Nach der Aussprache stimmt der Ausschuss über die Vorl.Nr. 080/19 ab.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert den Sachverhalt anhand der Vorl.Nr. 146/19.

BMin **Nießen** informiert, dass die Umstellung von INKAS auf das KSiS (Kommunales Steuerungs- und Informationssystem) noch in Arbeit ist. Die technische Klärung werde noch bis Ende 2019 andauern. Eine Umstellung sei für 2020 geplant.

Herr **Weißer** ergänzt, dass für die Umstellung eine Schnittstelle vom CAFM, der jetzigen Steuerungssoftware, zum KSiS benötigt werde. Im KSiS werden keine bereits laufenden Bauprojekte eingestellt, sondern neue.

Stadtrat **Noz** begrüßt die geplante Umstellung auf KSiS. Damit sei der Projektstand gut zu erkennen und man könne bei Bedarf entsprechende Steuerungsmaßnahmen ergreifen. Er geht auf den Ersatzbau und die Teilsanierung der Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße 8 in Pflugfelden ein und sagt, dass es besser gewesen wäre, die Kinderbetreuung während der Bauarbeiten komplett auszulagern. Dadurch wären die Arbeiten schneller und kostengünstiger erledigt worden. Das sei jedoch nicht erfolgt. Stattdessen seien die Kinder jeden Tag im Auftrag der Stadt mit dem Bus im Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe gefahren worden. Stadtrat Noz möchte wissen, ob die Kosten für diesen Transport ebenfalls abgebildet wurden. Zudem geht er auf die Mensa in die Gartenstraße ein. Diese Baumaßnahme habe bei den benachbarten Gebäuden Schäden verursacht. Das habe zu Streitigkeiten mit den Nachbarn geführt. Stadtrat Noz appelliert, in dieser Sache freundlicher zu den betroffenen Bürgern zu sein. Die Sanierung des Gastronomiebereichs im Forum am Schlosspark bei laufendem Kulturbetrieb sehe die CDU-Fraktion kritisch. Für die Fraktion stelle sich die Frage, ob die Bauarbeiten den Kulturbetrieb stören werden und ob während der Sanierung des Gastronomiebereichs eine Bewirtung der Besucher stattfinden könne. Stadtrat Noz merkt ebenfalls an, dass es bei der Sanierung der Kantine im Kulturzentrum Kostenüberschreitungen gegeben habe, obwohl die Stadtverwaltung selbst die Planungen durchgeführt habe.

Seiner Ansicht nach wäre es angezeigt, allgemein weniger Bauprojekte in Angriff zu nehmen, damit die Ressourcen ausreichen und die Fertigstellung schneller und reibungsloser erfolgt.

Stadträtin **Dr. Knoß** sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach dem INKAS-Bericht mehr Anlass für Lob als für Kritik sieht. Bei den Projekten, die nicht im Zeitrahmen gelegen sind, habe die Verwaltung in ihrem Bericht ausführlich die Gründe für die Verzögerung dargelegt.

Laut Stadtrat **Juranek** ist die SPD-Fraktion mit dem Stand der unterschiedlichen Projekte zufrieden. Bezug auf die Mensa in die Gartenstraße nehmend sagt er, dass bei Auseinandersetzungen alle Beteiligten bereit sein sollten, einem fairen Verfahren und einem Kompromiss zuzustimmen. Das scheine ihm jedoch hier nicht der Fall zu sein. Schließlich dauere das Verfahren schon zu lange.

Stadtrat **Rothacker** erinnert an den Antrag der Freien-Wähler-Fraktion zur Umstellung auf KSIS. Das System erlaube nicht nur den Verwaltungsmitarbeitern, sondern auch den Stadträtinnen und Stadträten sich immer aktuell über den Projektstand zu informieren. Auch Stadtrat Rothacker plädiert dafür, Bauvorhaben zeitlich zu strecken. Die finanziellen und personellen Ressourcen seien nicht ausreichend, um alles auf einmal leisten zu können.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert an die Anträge zur Neuplanung des Schulhofes im Goethe-Gymnasium und fragt, wie die Planungen der Verwaltung hierfür aussehen. Der alte Fachklassentrakt in der Alleenstraße werde abgebrochen. Dadurch entstehe dort eine Freifläche, die provisorisch hergestellt werden soll. Stadträtin Burkhardt sieht es als sinnvoll an, die Freifläche gleich als Schulhof auszugestalten. Eine bereits existierende Arbeitsgruppe von Eltern und Lehrern des Goethe-Gymnasiums habe sich Gedanken darüber gemacht und könnte bei den Planungen einbezogen werden.

Herr **Weißer** geht auf die Wortmeldung ein. Er erklärt, dass die Umsetzung einiger Projekte bei laufendem Betrieb aus Spargründen erfolgt. Man versuche dadurch Ausweichflächen zu vermeiden und somit zusätzliche Kosten zu sparen. Er stellt richtig, dass die Kantine im Kulturzentrum nicht ausschließlich durch die Verwaltung geplant wurde. Auch ein Architekturbüro sei mit Planungsleistungen beauftragt worden. Deshalb liege die Maßnahme rund 2 Prozent über dem beschlossenen Kostenrahmen. Zu den angesprochenen Auseinandersetzungen mit den Nachbarn in der Gartenstraße sagt Herr Weißer, dass die Stadt bereits freiwillige Zahlung an sie getätigt habe. Allerdings operiere die Stadt mit Steuergeldern und könne hier nicht beliebig hohe Summen zahlen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn bezeichnet Herr Weißer als nicht immer fair und kooperativ. Der Eigenbetrieb Tourismus & Events befinde sich in Gesprächen mit dem Pächter der Gastronomie im Forum am Schlosspark. Der Pächter habe versichert, dass er während der Sanierungsarbeiten auch ohne regulären Restaurantbetrieb die Besucher mit Speisen und Getränken während der Vorstellungen versorgen könne. Zum Schulhof in der Alleenstraße sagt Herr Weißer, dass der Gemeinderat noch keine Gesamtplanung beschlossen habe. Zudem könne noch nicht der gesamte Hof beplant werden, weil dort Container stehen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau, Liegenschaften nehmen den Bericht zur Investitions- und Kapazitätssteuerung (INKAS) im Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft zur Kenntnis.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Die Prüfung der Anwendbarkeit des Instrumentes der Vorkaufsrechtssatzung habe gezeigt, dass damit ein Abbruch von ortsbildprägenden Gebäuden nur selten verhindert werden könne. Eine Vorkaufsrechtssatzung ermögliche den Zugriff durch die Stadt nur bei einem Verkauf. Das besondere Vorkaufsrecht sei deshalb kein Mittel, Gebäude vor spekulativ motivierten Abbrüchen zu schützen, da zumindest der Verkäufer sein (Kaufpreis-) Ziel erreicht. Für den Erhalt historischer Bausubstanz sei die Erhaltungssatzung das Mittel der Wahl, weil diese bei jedem geplanten Abbruch und schwerwiegenden Eingriff in die Bausubstanz greife. Durch den Beschluss einer Erhaltungssatzung werde automatisch ein allgemeines Vorkaufrecht gem. § 24 BauGB begründet, was den Handlungsspielraum der Verwaltung zusätzlich vergrößere. Die Verwaltung strebe an, die Erhaltungssatzung bis Ende des Jahres 2019 abzuschließen. Bei einer priorisierten und zielorientierten Weiterbearbeitung der Erhaltungssatzung verspreche die Vorkaufssatzung keine größeren zeitlichen Vorteile.

Stadtrat **Rothacker** sagt, dass die Freie Wähler-Fraktion den Beschluss einer Erhaltungssatzung bis Ende des Jahres 2019 begrüßen würde.

Auch Stadtrat **Link** würde den baldigen Beschluss einer Erhaltungssatzung für Eglosheim gutheißen. Er bemängelt, dass die Stadt es versäumt habe, das Vorkaufsrecht anzuwenden als Eglosheim noch ein Sanierungsgebiet gewesen war. Seiner Ansicht nach gehöre der Satz, „das Wohnen im alten Ortskern sei nicht erstrebenswert“, auf Seite 2 der Mitteilungsvorlage 213/19 gestrichen.

Stadtrat **Bauer** liegt der Erhalt des alten Ortskerns am Herzen. Dieser sei bislang jedoch noch nicht gesichert. Er erinnert daran, dass der Stadtteilausschuss Eglosheim bereits im Frühjahr 2015 darauf hingewiesen hatte, dass viele Gebäude in Eglosheim sanierungsbedürftig seien. Zudem sei damals darauf hingewiesen worden, dass der Verkehr die Wohnqualität mindert und dass manche Höfe nur als Lagerungsmöglichkeit dienen. Bisher sei bei den kritisierten Zuständen keine Änderung oder Verbesserung eingetreten. Stadtrat Bauer hofft, dass durch die Erhaltungssatzung das ortstypische Erscheinungsbild bewahrt werden könne. Zudem hofft er, dass durch die Veränderung der Verkehrsbelastung die Wohnqualität im Quartier erhöht werden könne. Stadtrat Bauer bittet die Verwaltung, die anwesenden Mitglieder des Stadtteilausschusses Eglosheim ebenfalls zu Wort kommen zu lassen.

Stadtrat **Juranek** stimmt einer Erhaltungssatzung für Eglosheim zu.

Stadträtin **Burkhardt** sagt, sie habe sich über den Antrag Vorl.Nr. 183/19 der Freien Wähler-Fraktion gefreut. Sie fragt, ob es der Verwaltung helfen würde, wenn der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt den Antrag stellt, dass die sich in Arbeit befindliche Erhaltungssatzung für Eglosheim bis spätestens Ende des Jahres 2019 zur Beschlussfassung gebracht werden müsse.

Die Verwaltung versichert, dass diese Frist fest eingeplant sei und auch eingehalten werde.

Frau **Völlm** (Mitglied des Stadtteilausschusses Eglosheim und Vorsitzende des dortigen Bürgervereins) bekräftigt, dass den Menschen sehr viel an ihrem alter Ortskern liegt.

Sie bittet die Verwaltung, durch eine geeignete verkehrsplanerische Gestaltung der Katharinenstraße Sorge dafür zu tragen, dass diese Straße entlastet wird. Dadurch würde sie auch an Wohnqualität gewinnen.

Stadtrat **Braumann** möchte wissen, was die Stadtverwaltung tun kann, um einen Gebäudeabriss zu verhindern bis die Erhaltungssatzung in Kraft tritt.

Auf die Wortmeldungen eingehend betont Herr **Kurt**, dass die Erhaltungssatzung ein wirksames Instrument sei, um auf Bauherren beratend einzuwirken und ortbildprägende Gebäude zu erhalten. Bis die Erhaltungssatzung in Kraft tritt könnte der Verwaltung eine Veränderungssperre mit Aufstellungsbeschluss als Sicherung gegen einen Gebäudeabriss dienen. Herr Kurt versichert, dass die Verwaltung das Wohnen im Ortskern unterstützt.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt die Mitteilungsvorlage 213/19 zur Kenntnis.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch die Mitteilungsvorlage 213/19 erledigt.

Beratungsverlauf:

Herr **Weeber** (Stabsstelle Klima, Energie und Europa) erläutert den Sachverhalt anhand der Mitteilungsvorlage 224/19.

BMin **Nießen** erklärt, dass die Verwaltung mit der Mitteilungsvorlage 224/19 den Antrag Vorl.Nr. 183/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht als beantwortet sieht. Sie möchte dadurch nur aufzuzeigen, wie sie mit dem Antrag der Grünen umzugehen gedenkt. Aktuell gebe es in der Stadt mehrere Klimaschutzaktionen, die teilweise parallel laufen. Die Verwaltung möchte die diversen Aktionen bündeln und mögliche Synergien nutzen. Eine Veranstaltung am 18.07.2019 um 17:30 Uhr im Kulturzentrum soll als Auftakt zu einem Ludwigsburger Klimabündnis dienen. Hierzu seien auch einzelne Vertreter der Fraktionen und Gruppen des Gemeinderats herzlich eingeladen. Bis Herbst 2019 soll eine gemeinsam getragene Resolution entwickelt werden. Das Schlussdokument des Prozesses soll von konkreten Maßnahmen gestützt werden und realistisch umzusetzen sein. Eine Klimanotstandresolution, nach dem Konstanzer Vorbild greife für die Stadtverwaltung zu kurz und wäre zu oberflächlich.

Wenn noch mehr Klimaschutz in Ludwigsburg umgesetzt werden soll, bedarf es nicht nur der Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung, sondern eines stadtweiten Umdenkens und Handelns, das von möglichst vielen Akteuren im Stadtgebiet getragen wird.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** ist überzeugt, dass es in die richtige Richtung geht. Dass so viele Akteure wie möglich zu einem Ludwigsburger Klimabündnis einbezogen werden sollen, begrüßt sie ausdrücklich.

Stadtrat **Herrmann** hält eine Klimanotstandresolution für reine Symbolpolitik, die dem Klimaschutz faktisch nicht viel bringt. Wichtig sei, dass man sich überlegt, was vor Ort getan werden müsse, um das Klima zu verbessern. Ebenso sei es wichtig darzustellen, was bislang für den Klimaschutz in der Stadt getan wurde. Die CDU-Fraktion begrüße die Auftaktveranstaltung zu einem Ludwigsburger Klimabündnis. Allerdings sollte ihrer Ansicht nach die Diskussion versachlicht und nicht ausschließlich ideologisch auf Mobilität und Autofahrverbote ausgerichtet werden. Stadtrat Herrmann weist darauf hin, dass beim Klimaschutz nicht nur das Thema Verkehr eine wichtige Rolle spielt. Auch das Vermeiden von Plastik und Staus gehöre hierzu. Laut Stadtrat Herrmann müsse trotz der bestehenden Probleme auch anerkannt werden, dass die Luft im Allgemeinen sauberer geworden sei. Die Feinstaubbelastung in der Luft sei in Ludwigsburg deutlich abgesenkt worden. Auch beim Stickoxid sei die Luftbelastung nach unten gegangen. Der Grenzwert werde dennoch nicht eingehalten. Hier gebe es noch einiges zu tun. Stadtrat Herrmann bittet die Verwaltung, bei der Angabe von Werten auch einen Vergleich mit anderen Jahren zu ziehen, um objektiv deutlich zu machen, ob sich die Situation verbessert habe oder nicht.

Stadtrat **Juranek** vertritt die Meinung, dass der Klimaschutz von konkreten Maßnahmen und Aktionen begleitet werden müsse, um die erhoffte Ergebnisse zu erzielen. Die Stadt Ludwigsburg habe im Vergleich zu anderen Kommunen bereits einiges für den Klimaschutz unternommen. Sie befinde sich auf dem richtigen Weg. Deshalb stimme die SPD-Fraktion dem weiteren Verfahren zu.

Stadtrat **Rothacker** sagt, dass man sich mit der Ausrufung des Klimanotstandes lediglich dazu verpflichtet, die Klimasituation zu verbessern. Die Stadt Ludwigsburg sei bereits mit diversen Konzepten und Programmen in dieser Richtung aktiv geworden. Den eingeschlagenen Weg sollte sie weiterverfolgen. Viele Akteure dabei zu beteiligen hält Stadtrat Rothacker für wichtig und richtig. Er pflichtet Stadtrat Herrmann bei, dass sich der Klimaschutz nicht nur auf die Luftqualität begrenzen lässt. Die Freie Wähler-Fraktion stimmt dem eingeschlagenen Weg der Stadtverwaltung zu.

Auch Stadträtin **Burkhardt** plädiert für konkrete Maßnahmen als für die Ausrufung des Klimanotstandes in Ludwigsburg. Sie nimmt Bezug auf das im Jahr 2016 einstimmig beschlossene strategische Fachkonzept zur Klimaanpassung und den in Verbindung hiermit erarbeiteten Maßnahmenkatalog. In diesem Katalog war auch die Maßnahme enthalten, dass die Stadt bei der Erarbeitung von Bebauungsplänen auch das Thema Klimaschutz berücksichtigen müsse. Die LUBU habe bereits mehrere Anträge gestellt mit der Forderung, die Kaltluftentstehungsgebiete in Ludwigsburg als Grundlage der Bebauungsplanung vorzulegen. Der BUND habe ferner konkrete Vorschläge hierzu gemacht. Passiert sei allerdings nicht viel. Stadträtin Burkhardt erachtet es als wichtiges Unterfangen, den Klimaschutz in die Köpfe der Menschen zu bringen. Deshalb seien Veranstaltungen, wie die am 18.07.2019 geplante dringend benötigt. Außerdem möchte Stadträtin Burkhardt wissen, zu welchem Dezernat die Stabsstelle Klima, Energie und Europa gehört und bittet um die Vorstellung der Arbeit dieser Stabsstelle.

Stadtrat **Lettrari** weist darauf hin, dass auch Straßenkehrmaschinen Feinstaub verursachen. Er bittet die Verwaltung, nach Möglichkeit andere Reinigungsmodalitäten für die Sauberhaltung der Straßen zu testen.

Auf die Wortmeldung von Stadträtin Burkhardt eingehend erklärt BMin **Nießen**, dass die Stabsstelle Klima, Energie und Europa infolge der bereits beschlossenen Neuorganisation der Verwaltung zum Dezernat IV gehöre. Die Stabsstelle habe ein großes Portfolio und unterschiedliche Aufgaben, welche gerne bei der geplanten Vorstellung des Dezernats IV ausführlicher dargelegt werden können.

Herr **Weeber** geht auf den Hinweis von Stadtrat Lettrari ein und bestätigt, dass Straßenkehrmaschinen Feinstaub verursachen können. Die Verwaltung sei bemüht, durch die unterschiedlichen Projekte in den einzelnen Quartieren auch über solche Themen zu sensibilisieren.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt die Mitteilungsvorlage 224/19 zur Kenntnis.

TOP 5.1**Erklärung des Klimanotstands in Ludwigsburg -
Resolution des Gemeinderats und Auftrag für
Maßnahmenkonzept
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
07.05.2019****Vorl.Nr. 184/19**

Beratungsverlauf:

Der Antrag bleibt weiterhin offen.